



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

9. Sitzung (öffentlich)

19. Januar 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:35 Uhr bis 12:34 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Jörg (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Weiter aufholen in schwierigen Zeiten – Jugendverbandsarbeit stärken. 5

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/982

– Gespräch mit sachverständigen Gästen

2 Aus der Pandemie lernen: Kindertagesstätten, allgemeinbildende Schulen im Primar- und Sekundarbereich sowie Förderschulen in Nordrhein-Westfalen zur kritischen Infrastruktur entwickeln und den nächsten Herbst vorbereiten! 23

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/60

Ausschussprotokoll 18/90

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion der FDP ab.

3 Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen: psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien im Bildungsbereich stärken!

26

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/628

Ausschussprotokoll 18/67

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.

4 Finanzielle Stabilisierung der Kita-Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen

27

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1363

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1447

Ausschussprotokoll 18/109 – Neudruck

In Verbindung mit:

**8 60,2 Millionen Euro für Kitas und Tagespflege in der Energiekrise
(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/733

– Wortbeiträge

5 Schutz von Kindern und Jugendlichen vor geschlechtsangleichenden medizinischen Eingriffen 39

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/1680

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD ab.

6 Therapieplätze für Kinder mit sexueller Gewalterfahrung flächen-deckend ausbauen und Wartezeiten verkürzen 41

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2139

– Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Antrag des Abgeordneten Marcel Hafke (FDP), eine Anhörung durchzuführen.

7 Quo Vadis Kitabetrieb? – Schutz der Kinder, Beschäftigten und Familien vor den aktuellen Krankheitswellen (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]) 42

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/749

– Wortbeiträge

9 Dialogprozesse fortsetzen, Expertise einbeziehen – Den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder fachlich-fundiert umsetzen. (Bericht auf Wunsch der Landesregierung [s. Anlage 2]) 43

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/737

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

10 Bericht zu den Vorfällen um ein achtjähriges Mädchen in Attendorn **48**
(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/751

– Wortbeiträge

11 Verschiedenes **50**

a) Sprachbildung und Sprachförderung **50**

b) Presseberichterstattung zum Thema Gewalt und pädagogisches Fehlverhalten in Kitas **50**

* * *

2 Aus der Pandemie lernen: Kindertagesstätten, allgemeinbildende Schulen im Primar- und Sekundarbereich sowie Förderschulen in Nordrhein-Westfalen zur kritischen Infrastruktur entwickeln und den nächsten Herbst vorbereiten!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/60

Ausschussprotokoll 18/90

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Schule und Bildung – federführend – sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 31.08.2022)

Frank Müller (SPD) ist der Meinung, auch wenn im Antrag auf den zurückliegenden Herbst abgestellt werde, bleibe er aktuell in den sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen, nämlich dass es erforderlich sei, Bildungseinrichtungen zu einer kritischen Infrastruktur weiterzuentwickeln. Es sei deutlich geworden, welche Folgen damit für Bildungseinrichtungen verbunden seien, wenn es zu unvorhergesehenen Ereignissen wie einer Pandemie komme. Die Kinder und jungen Menschen würden sehr darunter leiden, wenn diesen Einrichtungen keine Priorität eingeräumt werde. Deshalb könne Corona durch viele andere Ereignisse ersetzt werden. Aus diesem Grunde müsse das Thema weiter auf der Tagesordnung bleiben, da derzeit nicht für die nächsten Dekaden überblickt werden könne, mit welchen Geschehnissen gerechnet werden müsse. Insofern müssten die Bildungseinrichtungen unter Berücksichtigung der in den vergangenen Jahren im Zusammenhang mit der Pandemie gewonnenen Erkenntnisse weiterentwickelt werden. In diesem Sinne bitte er um Zustimmung zum Antrag.

Jens Kamieth (CDU) führt die kommunalen Spitzenverbände und die komba als Kronzeugen an. Von den kommunalen Spitzenverbänden werde zu Recht davor gewarnt, den Begriff „kritische Infrastruktur“ auf die Bildungseinrichtungen auszudehnen, da es nicht um erhebliche Versorgungsengpässe oder Gefährdungen für die öffentliche Sicherheit gehe.

Das von der Fraktion der SPD verfolgte Anliegen sei grundsätzlich berechtigt, aber es sei eher im Sinne einer Stärkung von Kitas und Schulen zu verstehen. In diesem Sinne sei die Landesregierung gut unterwegs.

Kurz erwähne er die Fachkräfteoffensive der Landesregierung, für die gute Aspekte anzuführen seien. In der kommenden Woche werde diese Offensive auch durch eine Plenardebatte begleitet. In diesem Zusammenhang sei ein Marathon und kein Sprint zu bewältigen, da sehr grundsätzlich vorgegangen werden müsse, um wirklich alle Potenziale heben zu können.

Die komba habe er bereits erwähnt. Eine gute Fachkraft-Kind-Relation sei der Kernpunkt, aber eine im Antrag enthaltene Kernforderung, von der die Arbeit des AFKJ

betroffen sei, nämlich eine Verstetigung des erfolgreichen Alltagshelferprogramm, sei bereits erfüllt. Dadurch werde die Qualität der Arbeit in den Kitas verbessert. Die pädagogischen Fachkräfte könnten sich auf ihre Kernaufgabe, die professionelle Erziehung und Betreuung der Kinder, konzentrieren.

Als weiterer Aspekt sei von der komba angeführt worden, eine Stärkung der Familien vorzunehmen. Die psychosoziale Gesundheit müsse nämlich mit den Familien gedacht werden. In dieser Hinsicht sei der Landtag als Haushaltsgesetzgeber segensreich tätig geworden, indem die Mittel für die Familienerholung noch einmal um 1 Million Euro erhöht worden seien.

Ein weiterer Punkt sei die Forderung nach Beteiligungsformaten gewesen. Aus dem Haushaltsverfahren sei der Aktionsplan „Jugendbeteiligung“ hervorgegangen. Darüber hinaus sei der Kinder- und Jugendförderplan mit dem Förderbereich VI ein wichtiges Instrument.

Viele wichtige im Antrag enthaltene Forderungen seien bereits erfüllt oder befänden sich in der Umsetzung. In Teilbereichen greife der Antrag zu kurz. Deshalb werde die Fraktion der CDU den Antrag ablehnen.

Norika Creuzmann (GRÜNE) verzichtet auf die Wiederholung von Aspekten, die bereits von ihrem Vorredner erwähnt worden seien.

Seit der Einbringung des Antrags im August vergangenen Jahres sei viel geschehen, sodass sich einige im Antrag enthaltene Forderungen bereits in der Umsetzung befänden. Mit einer Aufnahme der Schulen in den Bereich der krisenfesten Infrastruktur würden diese nicht krisenfest, sondern um dieses Ziel zu erreichen, seien ganz andere Maßnahmen erforderlich. Wichtig seien unter anderem Planungssicherheit und eine ausreichende Ausstattung mit Fachkräften.

Der Antrag enthalte zwar viele gute Punkte, aber die Entwicklung sei inzwischen weiter fortgeschritten, im Zuge derer ganz andere Problemfelder aufgetaucht seien, an denen gearbeitet werden müsse.

Carlo Clemens (AfD) führt aus, der Antrag der Fraktion der SPD sei immer noch unter der Prämisse des bisherigen Maßnahmenkatalogs zur Bekämpfung von COVID zu sehen. Wie schon erwähnt, sei seit der Einbringung des Antrags einige Zeit vergangen. Schulen und Kitas erfüllten bei Zugrundelegung der Kriterien für eine kritische Infrastruktur nicht das Merkmal der Prävention vor erheblichen Versorgungsengpässen oder der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Wenn die Absicht bestehe, sie tatsächlich zur kritischen Infrastruktur zu erklären, müssten sie auch geöffnet bleiben, wenn eine regelrechte Seuche auftreten sollte, die Zehntausende Opfer zur Folge hätte. Ein solches Vorgehen wäre sicherlich wenig sinnvoll. Es könne auch schlecht pauschal bewertet werden, ob Hilfestellungen über das normale Maß hinaus notwendig seien. Die Bedarfe in Form von Schulpsychologen, Schulsozialarbeitern usw. müssten vor Ort gegenüber den Kommunen benannt werden. Zudem sei in der Anhörung deutlich geworden, dass die konturlose Ausdehnung des Begriffs „kritische Infrastruktur“ Nachteile mit sich bringe. Die Ausdehnung wäre eine neue und kostenintensive Aufgabe für

die Kommunen. Insbesondere kleinere Kommunen dürften dadurch nicht vor unlösbare und etwaige Haftungsrisiken gestellt werden, aber sie könnten durch diese Ausdehnung sehr schnell an ihre Grenzen stoßen. Die Fraktion der AfD werde den Antrag ablehnen.

Marcel Hafke (FDP) dankt der Fraktion der SPD für den Antrag, weil dadurch die Möglichkeit bestehe, über dieses sehr wichtige Thema zu sprechen. Während der Pandemie sei erkennbar geworden, welche Herausforderungen zu bewältigen seien und dass es Institutionen gebe, die zwingend am Leben erhalten werden mussten, damit das Land funktioniere. Als Beispiele nenne er die Energieversorgung, die Krankenhäuser, grundlegende Infrastrukturen und die Medien.

In einer Pandemie sei es nicht ausreichend, nur die Bildung sicherzustellen, sondern es müsse auch für eine Betreuung gesorgt werden, weil die Arbeit beispielsweise in einem Elektrizitätswerk nur bewältigt werden könne, wenn eine Betreuung der Kinder der dort tätigen Arbeitskräfte erfolge. Allein unter diesem Gesichtspunkt sei es relevant, diesen Bereich zu betrachten. Wahrscheinlich müsse die Rechtsverordnung des Bundes dahin gehend geändert werden, dass die möglichen eintretenden Szenarien aufgeführt werden und zugleich festgelegt werde, bei welchen Szenarien Kitas und Schulen eine besondere Rolle zukomme. Bei einer Pandemie würde er mittlerweile sagen, Kitas und Schulen spielten dann eine sehr entscheidende Rolle. Kritische Infrastrukturen spielten aber natürlich auch dann eine Rolle, wenn sich Deutschland in einem Kriegsszenario befinde oder einem Terrorangriff ausgesetzt sei. Dann könne es durchaus sinnvoll sein, solche Einrichtungen zu schließen, um das Leib und Leben von Kindern zu schützen.

Aus diesen Gründen sei der Punkt aus seiner Sicht diskussionswürdig, aber er empfehle, Impulse an den Bund zu geben, die entsprechenden Rechtsverordnungen und Gesetzeslagen zu präzisieren und auf verschiedene Szenarien auszurichten und dabei Bildungseinrichtungen zu integrieren. Deshalb werde sich die Fraktion der FDP bei der Abstimmung über den Antrag der Stimme enthalten.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion der FDP ab.

